

01.11.2018 - Vor 100 Jahren: Frauen dürfen wählen!

Waren damit alle Frauenträume erfüllt?

von Gisela Notz

In vielen Veröffentlichungen zum 100. Jahrestag der Durchsetzung des Frauenwahlrechts werden heute vor allem die Verdienste der Frauen aus der bürgerlichen Frauenbewegung hervorgehoben, die für das Stimmrecht gekämpft haben, aber lange Zeit nicht wussten, ob sie das wirklich auch für die unteren Klassen erkämpfen sollen. Vergessen wird der Kampf der sozialistischen Arbeiterinnenbewegung, ohne den das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Frauen nicht durchgesetzt worden wäre.

Die Frauen in Deutschland haben das Wahlrecht durch die Novemberrevolution von 1918 nicht geschenkt bekommen. Es war ein langer Frauen- und Klassenkampf, bis es durchgesetzt war. Denn es bestand gerade in dieser Frage «ein enormer Unterschied zwischen arbeitenden Frauen und den besitzenden Ladies, zwischen einer Dienerin und ihrer Herrin» (Alexandra Kollontai). Auf der Strecke blieben die revolutionären Träume von Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und vielen zu Unrecht vergessenen Frauen.

Zwischen Räten und Parlament

In der Erklärung des Rates der Volksbeauftragten ? der im Zuge der revolutionären Ereignisse nach dem Ersten Weltkrieg ab dem 10. November 1918 die höchste Regierungsgewalt inne hatte und aus Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) und Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) bestand ? an das deutsche Volk am 12. November 1918 hieß es eindeutig: «Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht ... für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.» Mit der Formulierung «alle männlichen und weiblichen Personen» war eine Forderung der Frauenbewegung erfüllt, für die sie, wenn auch von unterschiedlichen Standpunkten aus und mit unterschiedlichen Zielsetzungen, jahrelang mit viel Ausdauer, Mut und Fantasie gekämpft hatte.

Der Rat der Volksbeauftragten, dessen Vorsitzender der Chef der Mehrheitssozialdemokraten, Friedrich Ebert, war, bestand ebenso wie das Kabinett ausschließlich aus Männern. Friedrich Ebert hasste die Revolution wie die Sünde, Rosa Luxemburg und ihre Anhängerinnen fanden sie großartig. Die Vertreter der USPD verließen den Rat der Volksbeauftragten am 29. Dezember 1918, weil sie Deutschland in Richtung eines Rätestaats verändern wollten. Der mehrheitssozialdemokratische Rat setzte sich für baldige Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung ein.

Die Wahlen zur Nationalversammlung, an der sich erstmals Frauen beteiligen, erfolgten am 19. Januar 1919.

Ein Endpunkt der im November 1918 begonnenen Revolution waren diese Wahlen nicht. Zeitlich lagen sie mitten in den Revolutionsereignissen, die vom Oktober 1918 bis zu ihrem gewaltsamen Ende im Juni 1919 dauerten. Zwar war der Erste Weltkrieg zu Ende, der Obrigkeitsstaat war zusammengebrochen und das allgemeine Wahlrecht durchgesetzt, die Forderung der rebellierenden Arbeitermassen nach höheren Löhnen, Durchsetzung kürzerer Arbeitszeiten und Sozialisierung des Kohlebergbaus und der großen Industrien waren jedoch lange nicht erfüllt. Der Wunsch danach, Verantwortung und Macht an die Räte zu übergeben, die sich nach dem Matrosenaufstand Anfang November 1918 von Kiel ausgehend in nahezu sämtlichen deutschen Städten gebildet hatten, war noch nicht erloschen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands, die am 1. Januar 1919 gegründet worden war, hatte sich nicht an den Wahlen beteiligt, weil sie die Räterepublik wollte, und für viele Linke war der Wahltag überschattet von der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts vier Tage zuvor.

Vergessene Revolutionärinnen

Bei den meisten Texten, die sich mit der Sichtbarmachung der Ereignisse aus einer Geschlechtersperspektive befassen, fehlt der Kampf der Frauen um eine eindeutig sozialistisch geprägte Räterepublik. Auch die umfangreiche Revolutionsforschung und die Bewegungsforschung haben sich, von einigen Ausnahmen abgesehen, kaum für Geschlechterfragen im Zusammenhang mit der Rätebewegung interessiert. Selbst der seit etwa 40 Jahren bestehenden Frauen- und Geschlechterforschung gelang es unzureichend, diese Lücke zu schließen. Festgestellt wird meist, dass Frauen in den Räten kaum zu finden waren und Frauenthemen für die Rätebewegung keine große Rolle gespielt haben.

Für die Soldatenräte ist das nachvollziehbar, denn Frauen waren zu dieser Zeit in Deutschland keine Soldatinnen. Die vielen Frauen, die in den Rüstungsbetrieben arbeiteten und in den Lebensmittelschlängen standen, rebellierten schon lange. Sie forderten Frieden, Demokratie und Brot für ihre Lieben. Zudem gab es auch Erwerbslosenräte und kommunale Räte, Künstler-, Kultur-, Schüler- und Bauernräte. Viele Frauen waren bei den revolutionären Aktionen, Demonstrationen und Streiks, z.B. am Generalstreik im März 1919, und sogar an bewaffneten Aufständen beteiligt, etliche sind dabei umgekommen. Dennoch waren die Hauptagenten Soldaten, Matrosen und Arbeiter.

Mehr Frauen in die Räte

Die wenigen vorhandenen Berichte über Frauen in den Räten stammen aus der bayerischen Räteregierung und von den beteiligten Frauen selbst. Rosa Kempf (1870?1948), die mit Anita Augspurg und weiteren sechs weiblichen Delegierten im neuen (bayerischen) provisorischen Nationalrat saß, dem die Vertreter der Räte und des bayerischen Landtags angehörten, wies in ihrer Rede am 18. Dezember 1918 im Plenum des bayerischen Landtages mit scharfen Worten darauf hin, dass die Räte ohne die gleichberechtigte Beteiligung der Frauen nicht repräsentativ seien.

Uneinig waren die Frauen, wie dieses Problem zu lösen sei. Kempf wollte nicht darauf warten, dass Männer die Interessen der Frauen in den Räten vertreten, sondern erhoffte sich mehr von speziellen Frauenräten. Diese Meinung teilten auch Augspurg und Heymann. Sie stellten auf dem bayerischen Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte am 7. März 1918 den Antrag zur «Errichtung von Frauenräten, um insbesondere auf dem Lande der Propaganda der Reaktion durch Aufklärung und Politisierung der Frauen entgegenzuwirken». Die «Propaganda der Reaktion» sah sie vor allem bei den Kirchen, die in ihren Gottesdiensten, durch «Beichtstuhl und Aufgebot und alles mögliche ... die Frauen nach ihrem Willen leiten» wollten.

Tony Sender (USPD), die seit der Novemberrevolution Mitglied und Generalsekretärin der Exekutive des Arbeiterrats in Frankfurt am Main war, kämpfte dagegen für die Integration von Frauen in die bestehende Arbeiterrätebewegung. Sie schlug eine Quotierung vor: Frauen sollten in den Räten entsprechend ihrem Anteil an der Anzahl der Beschäftigten vertreten sein. Wie Clara Zetkin (USPD, später KPD), die die Stuttgarter Räte unterstützte, richtete sie ihr Augenmerk vor allem auf die Heimarbeiterinnen und Hausangestellten und wandte sich gegen den Ausschluss der Hausfrauen aus der Rätebewegung, weil sie durch ihre wichtige Reproduktionsarbeit politische Aktionen erst ermöglichten. Sie wollte das Problem durch Hausfrauenräte lösen, die in die lokalen Räteversammlungen eingebunden waren bzw. durch die Einbeziehung von Hausfrauen in die Arbeiterräte der Betriebe ihrer Männer.

Tony Sender entwarf gleichzeitig Konzepte zur rationellen und gemeinschaftlichen Gestaltung der Hausarbeit, um die Hausfrau zu entlasten und für andere Arbeiten freizustellen. Martha Arendsee (USPD, später KPD) konkretisierte die Vorschläge durch Konzepte für Einküchenhäuser, öffentliche Waschanstalten, Kindergärten und andere Gemeinschaftseinrichtungen, machte sich also ebenfalls Gedanken um den «zweiten Arbeitsbereich» der Frauen. Letztlich wäre das Ziel der Hausfrauenräte gewesen, diesen Berufsstand abzuschaffen. Keines der Konzepte wurde verwirklicht.

Welche Rolle spielten Frauen in den Räten?

Tatsächlich waren im November 1918 in 28 Städten nur 50 Frauen in den Räten verzeichnet und nur in wenigen entfalteten sie eine bedeutende Mitarbeit. Offensichtlich wurden sie von den männlich dominierten Gremien ausgegrenzt. Auf dem Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin waren von 496 Delegierten zwei Frauen: Käthe Leu aus Danzig (USPD) und Klara Noack aus Dresden (SPD). Um die geringe Repräsentanz der Frauen deutlich zu machen, begann Käthe Leu ihre Rede mit der Anrede: «Parteigenossen und Parteigenossin». Beide Frauen sind heute vergessen.

Einzelne Frauen fanden sich in den regionalen und kommunalen Frauenräten. Aber auch nach ihnen muss man auf den wenigen vorhandenen Fotografien suchen, weil sie zwischen den zahlreichen Männern kaum zu finden sind. Noch schwieriger wird die Suche nach Reden, die die Frauen einbrachten. Mitglieder des Großberliner Arbeiter- und Soldatenrats war Anna Nemitz (USPD), die auch dem Arbeiter- und Soldatenrat von Charlottenburg angehörte und sich bei der Vollversammlung der kommunalen Räte Groß-Berlins am 7. Februar 1919 kämpferisch für den Erhalt der kommunalen Räte einsetzte, um die Revolution zu abzusichern.

An den Januarstreiks 1918, als 400000 Rüstungsarbeiterinnen und -arbeiter aus Protest gegen den Krieg und die schlechte Versorgungslage in den Streik traten, war die engagierte Berliner Gewerkschafterin und Pazifistin Cläre Casper als einzige Frau maßgeblich beteiligt. Sie wurde ins Streikkomitee gewählt und von der Polizei als «unbekannte Frauensperson unter den Männern» registriert. Nachdem der Streik blutig niedergeschlagen war, beschlossen die Revolutionären Obleute, sich für zukünftige Auseinandersetzungen zu bewaffnen. Casper, die ihre Wohnung für die Lagerung der Waffen zur Verfügung gestellt hatte, wurde bei der Polizei denunziert. Sie konnte diese aber davon überzeugen, dass sie sich niemals auf solche «gefährlichen Sachen» einlassen würde. Gemeinsam mit ihren Genossen verteilte sie vor einer Munitionsfabrik Flugblätter, beteiligte sich an der Besetzung von Rüstungsbetrieben, Rathaus und Polizeiwache und an einem großen Demonstrationzug zum Reichstag. In München war neben den schon erwähnten Rosa Kempf, Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann auch Sara Sonja Lerch (1882?1919) aktiv. Lerch, eine russische Jüdin, die schon 1905 bei der Russischen Revolution dabei war, stand im Januarstreik zusammen mit der USPD mit Kurt Eisner an der Spitze an der Seite der Arbeiter. Als alle Streikenden wegen Landesverrats verhaftet wurden, kam auch sie ins Gefängnis. Anträge auf Haftverschonung wegen Krankheit wurden rigoros abgelehnt. Stattdessen kam sie in Isolationshaft. Nach acht Wochen, am 29. März 1918, wurde sie in ihrer Zelle in Stadelheim tot aufgefunden ? erhängt.

Die Konzepte der wenigen Frauen in den Räten konnten nicht mehr umgesetzt werden,

weil mit dem Zusammentreten der Nationalversammlung die Bedeutung der Räte bereits abgenommen hatte.

Einige der wenigen Frauen, die in den Räten aktiv waren, fanden sich in der Nationalversammlung und später im Reichstag wieder. Die Sozialistinnen brachten frischen Wind und neue Themen in das Parlament, denn sie sorgten dafür, dass soziale Probleme, die die unteren Schichten betrafen, zu denen die meisten als Dienstmädchen, Weberinnen oder Heimarbeiterinnen einmal selbst gehört hatten, öffentlich diskutiert wurden und die Sozialgesetzgebung nach deren Interessen weiterentwickelt wurde. Die liberalen und konservativen Volksvertreterinnen sahen sich eher als Repräsentantinnen ihres Standes.